



POST CORONA

JUNGE POLITIK FÜR NORDRHEIN-WESTFALEN



8. MAI 2021

POST CORONA. ***Junge Politik für Nordrhein-Westfalen***

Am 26. Juni 2017 ist nach einer richtungsweisenden Landtagswahl der Koalitionsvertrag zwischen Christ- und Freidemokraten unterzeichnet worden. Seitdem hat die NRW-Koalition viele wichtige Initiativen, Projekte und Gesetze für die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens auf den Weg gebracht, um Versäumnisse unter der rot-grünen Landesregierung aufzuarbeiten und dem Land die nötigen Modernisierungsimpulse zu geben. Als derzeit einzige schwarz-gelbe Landesregierung Deutschlands zeigt sich die Koalition aus CDU und FDP als erfolgreiches Modell für einen Aufbruch, der auch im Bund notwendig ist.

Als Jugendorganisationen von CDU und FDP besteht die Aufgabe der Jungen Union NRW und der Jungen Liberalen NRW darin, als Innovationstreiber beider Parteien sowie der Landesregierung insgesamt zu fungieren. Aus diesem Grund haben die beiden Landesvorstände erstmals gemeinsam eine Zukunftsagenda für die Zeit „Post Corona“ erarbeitet, die die Themen Bildung, Klimaschutz, Wirtschaft, junge Familien, generationengerechte Finanzen, Digitalisierung und Mobilität umfasst. Die folgenden Forderungen sind dem Ministerpräsidenten Armin Laschet MdL (CDU) sowie dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Joachim Stamp MdL (FDP) am 8. Mai 2021 im Rahmen der ersten gemeinsamen Sitzung der Landesvorstände der Jungen Union NRW und der Jungen Liberalen NRW vorgestellt worden.

Themen

1. Bildung.....	2
2. Klimapolitik.....	3
3. Wirtschaft.....	6
4. Junge Familien.....	7
5. Generationengerechte Finanzen.....	9
6. Digitalisierung.....	10
7. Mobilität der Zukunft.....	11

1. Bildung

Bildungspolitik ist eines der großen föderalen Themen – und das wichtigste Thema für politische Jugendorganisationen. Die NRW-Koalition hat in den vergangenen Jahren einen grundsätzlichen Perspektivwechsel in der Bildungspolitik vorgenommen: weniger Ideologie, mehr Orientierung am Individuum.

Bildungsvielfalt statt Einheitsschule

- NRW muss weiterhin einen klaren Kurs gegen eine Einheitsschule behalten. Das mehrgliedrige Schulsystem soll beibehalten und gestärkt werden.
- Insbesondere die Haupt- und Realschulen sollen in ihrer Eigenständigkeit weiterhin bestehen bleiben und deren Abschlüsse gerade im Hinblick auf die gesellschaftliche Anerkennung gestärkt werden.
- Um die Bildungsqualität zu stärken, möchten wir die Gestaltungsspielräume der Schulen vergrößern.

Stärkung von Schulsozialarbeit und Schulpsychologen

- Aufgrund der überproportional auftretenden psychischen Probleme von Kindern und Jugendlichen ist professionelle Unterstützung in diesem Bereich unabdingbar, weshalb es einer Stärkung der Schulsozialarbeit und der Schulpsychologen bedarf.

Perspektiven für politisch verfolgte Studenten schaffen

- Die Landesregierung soll im Bundesrat eine Initiative anstoßen, welche sich um die Unterstützung politischer verfolgter Studenten kümmern soll. Hier soll geprüft werden, inwiefern ihnen eine finanzielle und akademische Perspektive geboten werden kann.

Digitalisierung proaktiv fortsetzen

- Digitale Infrastruktur muss nicht nur angeschafft, sondern ebenfalls gepflegt werden. Deswegen fordern wir einen IT-Hausmeister bedarfsgerecht an jeder Schule.

- Wir möchten die Schaffung eines digitalen Fern-Ausbildungszentrums prüfen. Vor- und Nachteile eines solchen Projekts müssen abgewogen werden, die Berufsschulen verstärkt eingebunden werden.

Auslandssemester in Großbritannien weiterhin ermöglichen

- Mit Großbritannien pflegt Nordrhein-Westfalen seit 75 Jahren eine besondere politische Beziehung und Freundschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass es nach dem Austritt Großbritanniens für Studenten aus Nordrhein-Westfalen weiterhin ein Auslandssemester nach dem Vorbild des Erasmus-Programms angeboten und organisiert wird.

2. Klimapolitik

Gibt es eine Klimapolitik ohne Ideologie? Wir meinen: Es muss sie geben! Wenn wir Vorreiter beim Klimaschutz sein wollen, müssen wir die ökologischen Herausforderungen mit einer wirtschaftlichen Erfolgsgeschichte verbinden. Die Wissenschaft gibt der Politik mit dem 1,5 Grad-Ziel eine klare Leitplanke vor. Die Politik muss eine kluge und vor allem globale Antwort geben.

Technologieoffene Forschung und Investition

- Wir benötigen eine starke Forschung für einen zukunftsweisenden Technologiemix. NRW soll technologieoffen an das Ziel der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes herangehen.
- Das gilt nicht nur im Bereich alternativer Antriebsstoffe, sondern auch bei erneuerbaren Energien. Hier muss die Forschung breit aufgestellt sein und in den kommenden Jahren mehr und breitere Investitionen getätigt werden.
- NRW soll insbesondere die Forschung im Bereich der Fusionstechnologie ausweiten und unterstützen. In Deutschland findet bereits heute Spitzenforschung in diesem Bereich statt, die leider weitestgehend unter dem medialen Radar läuft. Die Landesregierung sollte insbesondere die universitäre Forschung durch spezielle

Lehrstühle unterstützen. Wir müssen im globalen Wettrennen um diese Zukunftstechnologie einen Platz in der Spitzengruppe einnehmen.

Individuelle Mobilität erhalten

→ Wir fordern eine Energiewende, die die individuelle Mobilität jedes Einzelnen erhält. Dies gilt auch und insbesondere für das Automobil. Ferner benötigen wir eine Stärkung des ÖPNV. Um individuelle Mobilität umweltfreundlicher gewährleisten zu können, muss der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge vorangetrieben werden.

Sozialverträglichkeit

→ Gleichzeitig setzen wir uns für eine sozialverträgliche Klimapolitik und insbesondere Energiewende ein, sie darf nicht dazu führen, dass Menschen mit geringem Einkommen durch zu hohe und zu viele finanzielle Belastungen in ihrer freien Lebensgestaltung behindert und eingeschränkt werden. Das gilt gerade mit Blick auf den ländlichen Raum.

Anreize für innovative Energiespeicher schaffen

→ Neben einer technologieoffenen Forschung ist es in den nächsten Jahren wichtig, die Speicherfrage insbesondere im Bereich Wasserstoff als alternative Energie- und Antriebsquelle weiterzuentwickeln. Allein durch den Ausbau erneuerbarer Energien und durch die Flexibilisierung der Nachfrage kann Energiesicherheit nicht gewährleistet werden. Zur Unterstützung der Versorgungssicherheit sollen auch vermehrt Anreize für Batteriespeicher gesetzt werden.

Mehr Fachkräfte für erneuerbare Energien

→ Daher fordern wir eine Ausbildungs- und Weiterbildungsoffensive im Handwerk und in der Innovation, damit genug Fachkräfte nicht nur in der Technologieentwicklung, sondern auch in der Umsetzung der energetischen Sanierung, der Installation und Nachrüstung von Photovoltaikanlagen und Batteriespeichern zur Verfügung stehen.

Bessere Administration und finanzielle Bürgerbeteiligung an der Energiewende

→ Die personellen Rahmenbedingungen für die Energiewende müssen auf die rechtlichen und administrativen Rahmenbedingungen angepasst werden. Insbesondere für den Aufbau und die Betreuung regenerativer Energiequellen muss der Administrationsaufwand gesenkt werden, z.B. durch die Reduzierung des erheblichen bürokratischen Aufwands bei dem Betrieb von Photovoltaikanlagen auf Privatgebäuden. Insgesamt kann die Akzeptanz von erneuerbaren Energien nicht nur durch regelmäßigen und verständlichen Informationsfluss, sondern auch durch wirtschaftliche Beteiligung der Bürger an Bauprojekten für regenerative Energien, erhöht werden.

Umweltschutz als globale Herausforderung

→ NRW sollte darauf hinwirken, dass Deutschland auch in der Entwicklungspolitik seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet. Dabei sollte Deutschland als Industrieland auch Entwicklungs- und Schwellenländer beim Klimaschutz zu unterstützen. Daher fordern wir eine Berücksichtigung ökologischer Faktoren bei der Entwicklungshilfe, z.B. durch Technologietransfer. Hier können insbesondere unsere Universitäten und Unternehmen in NRW als Partner bei dem Bereitstellen der Technologie eine große Rolle spielen.

→ Der Emissionszertifikatehandel ist als marktwirtschaftliches Instrument, anders als neue Steuern, eine effektive Methode, um Emissionen zu reduzieren. Ein konsequenter Emissionszertifikatehandel bedarf jedoch einer globalen Ausweitung. Wir fordern ferner die Einbeziehung weiterer Wirtschaftssektoren in das Handelssystem auf europäischer und globaler Ebene.

Landwirtschaft fördern – mit Methoden des 21. Jahrhunderts

→ Klimaschutz kann nicht ohne die Einbeziehung unserer Landwirte funktionieren. Wir wollen verhindern, dass Landwirtschaft als Berufsfeld in Deutschland und in NRW ausstirbt. Deshalb fordern wir, dass die Chancen der Digitalisierung genutzt werden

und bürokratische Hürden abgebaut werden, um so den Landwirtschaftssektor beim Einsparen von CO₂-Emissionen zu unterstützen.

Klimafreundliche Bebauung

→ Wir befürworten einen schonenden und nachhaltigen Umgang mit versiegelten Flächen in NRW. Dazu kann zum Beispiel die Einführung eines Flächenzertifikatehandels geprüft werden. Für ein umweltfreundliches Klima in Städten und anderen bebauten Gebieten können außerdem Anreize zur Dach- und Fassadenbegrünung von Privateigentum dienen. Dies soll jedoch die Nutzung und den Bau von Photovoltaikanlagen auf geeigneten Dächern nicht ablösen. Außerdem müssen bestehende Aufforstungspotentiale genutzt werden und Anreize für Aufforstungen und Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger geschaffen werden, zum Beispiel durch Bürgerwälder.

3. Wirtschaft

Wirtschaftspolitisches Leitmotiv für Nordrhein-Westfalen sollte ein Wort sein: Entfesselung. Was wir brauchen, sind weniger Bürokratie und mehr Vertrauen in die Kreativität und Schaffenskraft der Bürgerinnen und Bürger, sowie der Unternehmen an Rhein und Ruhr.

Weitere Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen nach der Corona-Krise

Entscheidender Faktor nach der Corona-Krise ist es, der Wirtschaft stabile Rahmenbedingungen zu geben. Dafür ist es essenziell, dass sich die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die unter der Krise besonders gelitten haben, schnell erholen können und so die Region langfristig stärken:

- Wir fordern einen Ideenpool für den stationären Handel in unseren Städten und Gemeinden, um den interkommunalen Austausch für individuelle Maßnahmen im Einzelhandel, der Gastronomie und den körpernahen Dienstleistungen zu stärken.
- Immer neue bürokratische Anforderungen stellen Belastungen dar, die eingegrenzt werden müssen. Deshalb fordern wir als Zielvorgabe, für jede neu eingeführte Vorgabe

die Rücknahme einer anderen. Durch diesen „Bürokratie-TÜV“ können für jeden Planungssicherheit geschaffen und Personalressourcen geschont werden.

- Bei Steuern ist es unser Anliegen, vorhandene Regelungen immer wieder zu überprüfen. Daher soll in jedem neuen Steuergesetz auch gleichzeitig eine Sunset-Klausel verankert werden, die eine Frist zur Evaluation beinhaltet.

Starthilfe für Start-ups

- Start-ups stehen für Fortschritt und Innovation und sind daher für den Wirtschaftsstandort NRW wichtige Projekte. Wir möchten sie daher stärken, indem wir die vorhandenen Gründerstipendien weiter ausbauen und bürokratische Hindernisse weitestgehend abbauen („bürokratiefreies Jahr“).

Anhebung der Zuverdienstgrenzen

- Wir fordern, dass sich die Landesregierung für eine Anhebung der Zuverdienstgrenzen von Mini- und Midijobs einsetzt. Diese Anpassung soll an das Lohnniveau in Abständen von zwei Jahren erfolgen – gestartet wird mit einer Anhebung der Zuverdienstgrenzen von 450 Euro auf 600 Euro für Minijobs, bzw. von 850 Euro auf 900 Euro für Midijobs.

4. Heute an morgen denken – junge Familien stärken!

Nachteile für die berufliche Karriere, die erschwerte Suche nach einer größeren Wohnung im mittleren Preissegment oder nach einem Kita-Platz – junge Familien stehen vor vielen Herausforderungen. Der fortbestehende Rückgang der Geburtenzahlen im Jahr 2020 zeigt, dass die bislang getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen.

Eine Politik, die sich für junge Familien einsetzen will, muss daher in unseren Augen auch eine kluge Standortpolitik sein. Familiengründungen müssen finanzierbar sein. Ob Wohnung oder Haus – der Wohnraum ist mitentscheidend, ob sich junge Menschen für die Familiengründung entscheiden oder nicht.

Wir wollen Anwalt sein für all jene, die sich gemeinsam nach dem Studium oder der Ausbildung etwas aufbauen möchten. Familien sind das Fundament der Gesellschaft und müssen als solches besonders gefördert und unterstützt werden.

Förderung des Wohneigentums für junge Familien

→ Der bisherige Kurs der Landesregierung in der Eigentumsförderung muss konsequent fortgesetzt werden. Die Erhöhung des Kinderbonus von 5.000 auf 15.000 € oder Programme "Jung kauft alt - junge Familien kaufen Bestandsimmobilien" geben die Richtung vor und sollen weiterentwickelt und ausgebaut werden. Zusätzlich regen wir ein Programm zur effizienten Vermittlung von Wohnraumaustausch, um etwa Bedürfnisse von Senioren und jungen Familien zusammenzuführen.

Finanzielle Förderungen als „Kinderchancengeld“ bündeln

→ Es bedarf einer übersichtlichen Zusammenfassung und Neustrukturierung der zahlreichen familienpolitischen Leistungen in einem „Kinderchancengeld“, um insbesondere Alleinerziehende zu entlasten. Alle bisherigen Leistungen (wie Wohngeld, Kindergeld, Elterngeld, Sozialgeld, etc.) sollten bei einem behördlichen Ansprechpartner gebündelt sein und digital abgerufen werden können.

Kita-Angebote weiter ausbauen

→ Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der unerlässlichen Randzeitenbetreuung in den KiTas zu verbessern, ist ein höherer Personalschlüssel nötig. Diesen wollen wir u.a. durch verbesserte Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sichern. In Gebieten mit besonderen sozialen Herausforderungen muss die frühkindliche Bildung zudem weiter gestärkt werden, um faire Startchancen zu gewährleisten.

Stärkere Verflechtung unterstützender Institutionen

- Die Einrichtung des Informations- und Qualifizierungszentrums für Kommunen (IQZ) muss fortgeführt werden. Beim IQZ wollen wir die landesweite Koordination von “Baby-Begrüßungspaketen” andocken, um jungen Eltern Hilfestellung zu geben. Die Unterstützung der Kommunen in familienpolitischen Fragestellungen begrüßen wir. Der Auf- und Ausbau von KiTas und Grundschulen zu Familienzentren soll insbesondere in Brennpunkt-Kommunen fortgeführt werden.

5. Generationengerechte Finanzen

Die junge Generation trägt bereits heute eine große finanzielle Belastung auf ihren Schultern. Aus unserer Sicht ist es zwingend erforderlich, dass der Nachhaltigkeitsaspekt aus Sicht der Generationengerechtigkeit bei den politischen Beschlüssen eine noch größere Bedeutung erfährt. Die Konsequenz wäre, dass die haushaltspolitischen Handlungsspielräume weiter eingeschränkt werden, zu Lasten der Entscheidungsfreiheit nicht nur der jetzigen Generationen, sondern vor allem auch der kommenden Generationen.

„Ja“ zur Schuldenbremse

- Die Schuldenbremse soll als Wegweiser für die politischen Entscheidungsträger dienen. Denn jeder Beschluss hat in seiner finanziellen Auswirkung Konsequenzen und muss deshalb mit dem notwendigen Maß und Mitte getroffen werden. Eine Abkehr von diesem Gedanken ist für uns nicht akzeptabel. Außergewöhnliche Zeiten, wie die derzeitige Pandemie, bedürfen selbstverständlich auch außergewöhnlichen Antworten. Sie dürfen aber nicht als Blaupause für die Abkehr der Grundhaltung zur Schuldenbremse gesehen werden.

Restriktive Verbeamtungen

→ Im Sinne der finanzpolitischen Generationengerechtigkeit stellen Pensionsrückstellungen die öffentlichen Haushalte perspektivisch vor unverhältnismäßige Belastungen. Die Übernahme in ein Beamtenverhältnis sollte nur erfolgen, wenn es die Position und die damit verbundenen konkreten Aufgaben dies explizit rechtfertigen.

Abschaffung der Grunderwerbsteuer

→ Gerade junge Familien sehnen sich nach einer eigenen Immobilie, ein Eigenheim ist ein Lebensziel vieler Menschen. Es ist aber auch ein wichtiger Baustein der Altersvorsorge. Viele Kosten im Bereich Wohnen und Bauen sind durch staatliches Handeln geprägt. Deshalb muss die Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie abgeschafft werden. Darüber hinaus fordern wir eine Senkung der Grunderwerbssteuer.

6. Digitalisierung

Noch viel zu häufig wird die Digitalisierung in politischen Debatten als „Zukunftsthema“ diskutiert. Seit mindestens einer Generation ist die Digitalisierung jedoch ein „Gegenwartsthema“, das die Politik auf allen Ebenen zu lange vernachlässigt hat. Die Pandemie hat dabei wie eine Schocktherapie gewirkt. Es ist also höchste Zeit, mit einem Digitalisierungsschub Nordrhein-Westfalen und Deutschland in die digitale Gegenwart zu holen.

E-Government ausbauen

- Sofern Behördengänge nicht höchstpersönliche Rechtsgeschäfte betreffen, müssen diese in Zukunft auch digital getätigt werden können.
- Es muss gewährleistet werden, dass Sitzungen in kommunalen Gremien rechtsverbindlich und sicher digital und in hybriden Veranstaltungsformaten

abgehalten werden können. Die Landesregierung muss hierfür die erforderlichen Rechtsgrundlagen schaffen.

Vorbild NRW: Bundesdigitalministerium

→ NRW sollte sich auch auf Bundesebene dafür einsetzen, dass politische Prozesse, die die Digitalisierung betreffen, in einem Ministerium gebündelt werden.

Digitalisierung des Gesundheitswesens

→ Die fehlende Digitalisierung des Gesundheitswesens hat in der Coronapandemie zu einer ineffizienten und langwierigen Kontaktnachverfolgung geführt. Insbesondere die Gesundheitsämter müssen zukünftig vollumfänglich digitalisiert werden, um Herausforderungen effizient und schnell begegnen zu können. Wir fordern die Landesregierung dazu auf, zukünftig Ressourcen für die Digitalisierung in diesem Bereich bereitzustellen.

Smart-City Projekte fördern

→ Die Landesregierung soll zukünftig verstärkt die erforderliche Infrastruktur für Modellregionen zur Verfügung stellen und smarte Technologien fördern.

Verstärkter Ausbau von „5G“

→ Eine gute Anbindung ans Netz muss in allen Regionen NRWs – insbesondere auch im ländlichen Raum - gewährleistet sein. Nur so sichern wir die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts NRW.

7. Mobilität der Zukunft

Weil wir wissen, dass unsere Generation so mobil unterwegs ist, wie keine andere zuvor, ist für uns klar, dass die Devise für einen gesunden Mobilitätsmix nur „Miteinander statt Gegeneinander“ lauten kann. Deswegen stehen wir für eine ideologiefreie Mobilität und begreifen es als Aufgabe unserer Generation, Mobilität neu zu denken. Vor etwa einem

Jahrhundert glaubte Kaiser Wilhelm II. eher an das Pferd als an das Automobil - heute geht es uns um die Frage: Wo müssen wir einen Gang hochschalten, damit wir beim Thema Mobilität für Menschen und Güter in Nordrhein-Westfalen zukünftig weiter auf der Überholspur bleiben?

Modernisierung des Straßenverkehrs

- Wir fordern ein Modellprojekt für das autonome Fahren und autonome Flottenangebote in jedem Landkreis. Rechtliche Haftungsfragen und ethische Fragestellungen sollen kontinuierlich fortentwickelt werden. Außerdem setzen wir auf digitale Verkehrssteuerung, wie beispielsweise smarte Ampelsysteme und telematische Verkehrsbeeinflussungsanlagen anstatt Beschränkungen durch Tempolimits.
- Die Jungen Liberale NRW und Junge Union NRW sprechen sich für einen stetigen Infrastrukturausbau unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien aus.
- Eine Absenkung des Führerscheinalters auf 16 Jahre soll geprüft werden.
- Wie in den europäischen Nachbarländern Nordrhein-Westfalens schon praktiziert, fordern wir ein landesweites Investitionspaket für Fahrrad-Schnellwege in Großstädten.

Neustrukturierung im öffentlichen Nahverkehr

- Unsere beiden politischen Organisationen begrüßen die Bemühungen einen einheitlichen Tarif für Nordrhein-Westfalen zu schaffen und fordern die weitere Zusammenlegung von Tarifverbänden. Zudem begrüßen wir die verstärkte Privatisierung im ÖPNV unter Gesichtspunkten eines verstärkten Wettbewerbs. Darüber hinaus fordern wir eine Beteiligung der Länder an den Infrastrukturunternehmen der Deutschen Bahn, da diese auch für das Schienennetz des Nahverkehrs verantwortlich sind. Nicht nur im Hinblick auf möglicherweise stattfindende Olympische Spiele in NRW fordern wir ein Digitalisierungs- und

Autonomisierungsupdate für den ÖPNV. Auch dazu könnte eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel dienen.

Digitalisierung im Güterverkehr

- Durch die Schaffung einer Experimentierklausel für unbemannte (Transport-)Drohnen möchten wir im Rahmen der Citylogistik die Ansiedlung neuer Technologien in Nordrhein-Westfalen fördern.
- Da weniger LKW auf den Autobahnen weniger Stau bedeuten, forcieren wir die Verlagerung von Güterverkehr auf andere Verkehrsträger, wie Schiene oder Wasserstraße. Hierzu wollen wir z. B. die Cargo-Verladung wieder stärker in die Fläche bringen und regionale Güterbahnhöfe fördern.

Flugverkehr

- Flugtaxen können – neben innerstädtischen Grounding-Strukturen – auch eine Chance für die Regionalflughäfen darstellen. Zubringerverkehre zu großen Airports sind ein Modell, das wir dabei prüfen wollen. Weiterhin setzen wir uns dafür ein Nachtflugverbote, wo bestehend, abzuschaffen.

Moderne Mobilität für das 21. Jahrhundert

- Wir sind überzeugt, dass wir zukünftig verstärkt multimodale Reiseketten über Mobility-as-a-Service abbilden können. Dazu gehört auch der Ausbau von On-Demand-Verkehren und Sharing-Angeboten. Zusätzlich setzen wir uns für eine Reformierung des Personenbeförderungsgesetzes ein, um mehr Wettbewerb bei innovativen Beförderungsmöglichkeiten insbesondere auf dem Taxi-Markt zu schaffen. Dazu gehört für uns auch die Abschaffung der Rückkehrpflicht bei Poolingverkehren.